

GRUNKURS NEOKOLONIALIS-

Wie die Ressourcenabschöpfung gegen den globalen Süden funktioniert und wer davon profitiert.

[Matthias Müller]

Der Hunger in der dritten Welt und Bürgerkrieg, Terror und die Flüchtlingssituation. Unsere Zeit ist reich an Problemen, Situationen und Ereignissen die allesamt den Eindruck verstärken, wir wanderten in einer dunklen Gasse in der uns aus finsternen Torbögen Elend und Entsetzen mit grinsender Fratze zuwinken. Doch es ist nicht der Zufall, der uns in diese Gegend verschlagen hat. Schon vor langer Zeit wurde dieser Weg eingeschlagen, schon vor vielen Jahren wurden die Weichen gestellt. Not und Elend entstehen nicht von selbst, sie werden verursacht. Terror und Kriege sind keine Naturprodukte, sondern das Ergebnis von Raub, Plünderung und Versklavung. Seit Jahrhunderten unterwirft der „Wertewesten“ den globalen Süden und eignet sich seine Ressourcen an. Kolonialismus nannte man dies gestern, heute unterwerfen sich die so genannten „Entwicklungsländer“ den kapitalistischen Mächten gezwungenermaßen „freiwillig“. Gegen die vage Aussicht auf Schuldenerleichterungen werden Länder und Völker zu Dutzenden mit brutaler Härte westlichen Konzerninteressen ausgeliefert – und den Preis bezahlt grundsätzlich die einfache Bevölkerung. Das hat weder mit „Entwicklung“ zu tun, noch löst es die Bittsteller aus ihrer Abhängigkeit. Wagen wir den Versuch, die Mechanismen und Konsequenzen

aufzuzeigen.

Um all diese scheinbar tragischen Krisen zu verstehen, genügt meist ein neugieriger Blick in die Geschichtsbücher und ein wacher Verstand, der sich nicht durch das manipulative Geplärre sensationsgeiler Blender aus Medien und Politik vernebeln lässt. Beginnen wir mit einigen Ländern, die glücklicherweise weit genug von uns weg sind, so dass uns deren täglicher Kampf ums nackte Überleben nicht den Appetit auf unseren Schweinebraten mit zweierlei kindskopfgroßen Knödeln verdirbt. Sie holen uns doch ab und zu ein, obwohl die meisten von uns ihr Möglichstes tun, ihnen zu entrinnen: den Bildern von unterernährten Kindern, denen die Fliegen bereits Eier in die Augen legen um sie – obwohl kaum noch was zu holen ist – von innen aufzufressen. Wir spenden dann Geld, gepackt vom Mitleid, entsetzt, bisweilen verstört von soviel Armut, Hunger und Tod. Kaum jemand, der noch nicht den einen oder anderen Euro nach Äthiopien gespendet hat, in der Hoffnung, dass er dort auch ankommen möge.

Doch wie kann es überhaupt möglich sein, dass es auf unserer Erde Länder gibt, in denen die Menschen verhungern und verdursten? Es ist aus siedlungshistorischer Sicht unmöglich, dass

Menschen in Ländern leben, in denen sie verhungern müssen. In lebensfeindlicher Umgebung lebt man nicht, ganz einfach abzulesen am Beispiel der Antarktis. Weil Menschen in der Antarktis nicht auf natürliche Weise überleben können, leben dort auch keine natürlich angesiedelten Menschen. Warum also leben so viele Menschen in afrikanischen Landstrichen, in denen man aufgrund von Dürre und kargen Böden nicht leben kann? Die Antwort ist so einfach wie in ihrer Konsequenz auch erschütternd: weil sie aus ihren ursprünglichen Siedlungen auf reichen Böden vertrieben wurden.

Nur wenige Menschen hierzulande wissen, dass Äthiopien ganz und gar kein armes Land ist, nein, im Gegenteil. Äthiopien wird sogar als „Kornkammer Afrikas“ bezeichnet, auch heute ist dieses Land mit seiner monströsen Kindersterblichkeit einer der ganz großen Agrarexporteure der Welt.

In Äthiopien sind seit Jahrzehnten Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Für Mitte 2010 ging die Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) von bis zu 6,5 Millionen Menschen aus. Selbst in vergleichsweise guten Erntejahren kann die Ernährungssicherheit der knapp 90 Millionen Einwohner nicht sichergestellt werden, ob-

wohl das Land über fruchtbare Böden verfügt. Die Ökonomie basiert weitgehend auf Landwirtschaft, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt fast 50 Prozent beträgt. Sämtliches Land in Äthiopien befindet sich in Staatsbesitz. Bauern erhalten Nutzungsrechte, sofern sie auf dem Land leben. Dieser Umstand bietet der Regierung viele Möglichkeiten, die landwirtschaftliche Produktion zu gestalten. Doch nutzt sie diese derzeit zur großflächigen Verpachtung fruchtbaren Landes.

Ausländischen Investoren bietet die korrupte Regierung Rahmenbedingungen, die kaum günstiger sein könnten. Pro Hektar müssen nur wenige US-Dollar pro Jahr bezahlt werden, womit die Pacht zu den billigsten weltweit zählt. Die Laufzeit der Pachtverträge liegt bei bis zu 100 Jahren. Zudem fallen für Investoren im Agrarbereich kaum Steuern oder Zölle an. Unmittelbares Ziel der Regierung ist die Verpachtung von drei Millionen Hektar (in etwa die Größe Nordrhein-Westfalens) wobei der Fokus auf den Regionen Gambela und Oromia liegt. So hat der größte Schnittrosenproduzent der Welt, Karuturi Global Limited aus Indien, nach eigenen Angaben bereits mehr als 300.000 Hektar in Äthiopien gepachtet. Der Konzern ist in der Produktion von Blumen bereits seit 2004 in Äthiopien aktiv und baut mittlerweile

auch Agrargüter zur Herstellung von Lebensmitteln an. Neben dem Anbau von Lebensmitteln oder Blumen für den Export, verfolgen zahlreiche Unternehmen Pläne, in Äthiopien Energiepflanzen zur Herstellung von Agrartreibstoff anzubauen.

Am Anbau von Energiepflanzen und dem damit verbundenen „Land grabbing“ in Äthiopien beteiligen sich auch deutsche Firmen. Die in Gelching bei München ansässige Acacis AG, ehemals Flora Ecopower, will von den günstigen Pachtbedingungen in Äthiopien profitieren und dort Jatropa- und Castorpalmen zur Produktion von „Non Food-Öl“ anbauen. Das im Jahr 2006 gegründete Unternehmen gibt sich dabei große Mühe, als sozialer und verantwortungsvoller Akteur wahrgenommen zu werden. Nach eigenen Angaben hat die Acacis AG „im ersten Schritt“ 56.000 Hektar für eine Laufzeit von 50 Jahren gepachtet und besitzt Konzessionen für weitere 200.000 Hektar. Auch verfügt sie über eine eigene Ölmühle in Äthiopien.

Land grabbing ist ein einträgliches Geschäft, sowohl für die ausländischen Investoren, als auch für die Regierung, die die Einnahmen aus der Verpachtung vorzugsweise in ihre privaten Taschen fließen lässt. Die Einwohner auf den fruchtbaren Böden sind hingegen ein Störfaktor, dem durch generöse Landgeschenke bei Umsiedlung beigegeben wird – natürlich in weit weniger fruchtbare Gegenden, wo ihre Kinder dann verhungern oder bei lebendigem Leib von Maden aufgefressen werden, weil ihnen die Kraft fehlt, selbst eine Fliege zu verscheuchen, die Eier in ihre Körperöffnungen ablegen will.

NIEDERGEBRANNT HOCHKULTUREN

Die Geschichte Afrikas ist ganz allgemein eine Geschichte der Plünderung, des Raubes und der

Korruption. Der schwarze Kontinent ist unfassbar reich an Bodenschätzen, reich an fruchtbaren Böden und reich an Talenten seiner Bewohner. Afrika verfügte lange vor Europa – und noch viel länger als einem arroganten Hochstapler namens Christoph Kolumbus ein erbärmlicher Navigationsfehler die „Entdeckung“ der heutigen Dominikanischen Republik (nicht Amerikas) in den Schoß fallen ließ – über eine tatsächliche Zivilisation und blühende Hochkulturen.

Als im 13. Jahrhundert ein europäischer Reisender die Stadt Benin in Westafrika (heute Nigeria) besuchte, schrieb er begeistert von über 30 Hauptstraßen, 40 Meter breit, einem Palast, der so groß war wie ganz Harlem (Niederlande), von Einwohnern, die „den Niederländern durchaus überlegen sind, was ihre Sauberkeit angeht“ und deren Häuser in der Sonne glänzten. Im Jahre 1897 plünderten britische Truppen unter Admiral Rawson die Stadt, sprengten Gebäude und brannten die Reste schließlich nieder. Unbezahlbare Kunstschätze landeten, wie so oft, in europäischen Museen. Oder Kumasi, die Hauptstadt des Ashanti-Reichs, die vom 10. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts Besucher beeindruckte, besonders mit dem Manhyia-Palastkomplex. Die Stadt, im heutigen Ghana gelegen, war für ihre maurische Architektur weltberühmt. Noch im Jahr 1817 berichten Reisende von mehrstöckigen Häusern mit Toiletten in den oberen Stockwerken, von großzügigen Promenaden und Plätzen. Die Häuser selbst waren mit Antiquitäten, Uhren, böhmischem Glas, Gemälden und Büchern in den verschiedensten Sprachen eingerichtet.

Ende des 19. Jahrhunderts wurde diese großartige Stadt von britischen Truppen geplündert und niedergebrannt.

Ein weiterer Beweis, wie fortgeschritten und hochorganisiert afrikanische Gesellschaften vor dem Eindringen von Kolonialismus und Imperialismus waren, ist Timbuktu im heutigen Mali. Das Timbuktu von heute ist 236mal kleiner als London und aus eigener Kraft nicht in der Lage, die Denkmäler und Archive seiner Glanzzeiten zu pflegen. Was die eurozentrische Geschichtsschreibung geflissentlich verschweigt: Bis zum 14. Jahrhundert waren die drei reichsten Gebiete der Erde das Königreich Mali in Westafrika, China und Iran/Irak. Letztere waren allerdings von den Mongolen unter Dschingis Khan überrannt worden, so dass zu dieser Zeit nur ein unabhängiges Großreich existierte – Mali, mit dem märchenhaften Timbuktu. Zu dieser Zeit war die Bevölkerung Timbuktus fünfmal größer als die des mittelalterlichen London und es existierten mindestens 400 weitere Städte in ganz Mali. National Geographic beschreibt Timbuktu als „Paris der mittelalterlichen Welt“, bevölkert von 25.000 Studenten. Im 15. Jahrhundert, lange vor Galileo und Kopernicus, als die barbarische Bevölkerung der ersten europäischen „Metropolen“ noch auf die Straßen geschissen hat und deswegen von Pest und Cholera dahingerafft wurde, wussten die Mathematiker von Timbuktu bereits über die Rotation der Planeten Bescheid und verrichteten ihr Geschäft auf richtigen Toiletten. Laut dem ägyptischen Gelehrten Ibn Fadl Al-Umari erreichten Seeleute aus Mali im Jahr 1311 nach Christus den amerikanischen Kontinent – lange vor unserem italienischen Navigationsgenie.

Doch als die europäischen Kolonialmächte ihre Hand nach dem reichen Mali ausstreckten, war es um Timbuktu geschehen. Ausgeplündert und geschändet, wurde die einst blühendste Kulturstadt

Afrikas in den Staub getreten und der Bedeutungslosigkeit zum Fraß vorgeworfen. Tatsächlich ist das Bild, das uns der politisch auf Linie gekämmte „Geschichtsunterricht“ von Afrika vermitteln will, ist eine euro-ideologisch editierte Version der Wirklichkeit.

Tatsächlich kamen die europäischen Kolonialherren nicht nach Afrika, um dort das Füllhorn mit den Segnungen der Zivilisation über dem steinzeitlich lebenden afrikanischen Volk auszuschütten, sondern schlichtweg um seiner Schätze und Ressourcen habhaft zu werden, und zwar mit brutalster Gewalt. Dazu wurden bestehende afrikanische Hochkulturen überrannt, vernichtet, abgeschlachtet, unterjocht und vergewaltigt. Gegen die Genozide der europäischen Kolonialisten an den Völkern Afrikas wirken die Gräueltaten der Tyrannen des 20. Jahrhunderts geradezu zögerlich – und daran hat sich bis heute kaum etwas geändert. Nur die Methoden sind etwas subtiler geworden.

POSTKOLONIALISMUS 2.0

In der Kolonialzeit wurde der Kontinent durch die Europäer ausgeraubt, in der postkolonialen Zeit hat der Raub einen neuen Namen, er nennt sich „Globalisierung“. Übervorteilt und betrogen, kommt dieser Kontinent nicht auf die Beine. Der Grund sind die diabolischen Strategien und Taktiken, mit denen der Welthandel Hand in Hand mit der Weltbank und dem IWF die Ressourcen Afrikas weit unter Wert abschöpfen kann. Die Stichworte dazu sind „Verrechnungspreis“, „Kontraktthandel“ und, natürlich, Währungsmanipulationen der Finanzmärkte. Wie genau funktioniert das Spiel?

Das Prinzip ist einfach. Wenn ein afrikanisches Land seine Rohstoffe zu Geld machen will, so kann es entweder einem westlichen

Konzern dazu die Schürfrechte verkaufen, oder die Rohstoffe selbst fördern und vermarkten. Zumindest theoretisch. Rohstoffkonzerne bezahlen den Ländern jedoch nur einen so genannten „Verrechnungspreis“, der erheblich unter dem jeweiligen Marktpreis liegt – argumentiert wird dies mit den „wirtschaftlichen Risiken“. Diese Verrechnungspreise werden meistens auf 99 Jahre oder noch länger abgeschlossen und bedeuten letztlich eine Abschöpfungskonstante – das Land verliert seine Rohstoffe, bekommt dafür ein Almosen – und die satten Gewinne fährt der Konzern ein. Doch was, wenn das afrikanische Land dies nicht möchte und stattdessen beschließt, seine Rohstoffe selbst zu fördern und zu vermarkten?

Dazu müssen sich die Staaten jedoch den Regeln der internationalen Rohstoffbörsen in London, Frankfurt und New York unterwerfen. Rohstoffe werden an den Börsen nicht erst nach ihrer Förderung gehandelt, sondern teilweise schon Jahre zuvor, als so genannte „Waretermingeschäfte“ oder „Kontrakte“.

Wer z.B. Kupfer für das Jahr 2030 kaufen möchte, kann dazu mit den Rohstoffkonzernen oder den Händlern einen Lieferkontrakt abschließen, in dem eine Fördernummer oder eine Chargennummer als verbrieftes Recht oder Zertifikat erworben werden kann. Diese Zertifikate werden gehandelt wie Obst auf dem Wochenmarkt. Allerdings sind sie nicht für jedermann erhältlich, denn zum Kauf und auch zum Verkauf benötigt man einen „Letter of Credit“, einen LC. Dieser LC garantiert die Zahlungs- bzw. Lieferfähigkeit zum Stichtag, er ist sozusagen eine bankverbriefte Garantie für die Verfügbarkeit einer Geldsumme zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft. Man

muss wissen, dass diese Kontrakte teilweise milliardenschwer sind. Der LC dient sozusagen als Versicherungspolice, und er wird nur anerkannt, wenn er von einer führenden Bank mit einem Rating von mindestens A+ ausgestellt wurde. Nur wer bekommt schon von seiner Bank bereits heute eine uneingeschränkte Garantie, dass eine Forderung im Jahre 2030 pfändbar, vollstreckbar und ohne Widerspruch eingelöst wird? Solche Versicherungen erhalten nur Konzerne, die in der Lage sind, einen LC in 3-stelliger Millionenhöhe mit ausreichend Sicherheiten zu hinterlegen. Selbst wenn die Staaten Afrikas in den Handel mit den eigenen Rohstoffen einsteigen wollten, wären sie dazu nur in der Lage, wenn sie eine Bank hätten, die ihnen den benötigten Letter of Credit ausstellt. Und hier schließt sich der Kreis, denn durch die Regeln in Rohstoffkontrakten werden alle Anstrengungen von Staaten, die die Kontrolle über ihre eigenen Rohstoffe behalten wollen, quasi ausgehebelt – hier kommt der Internationale Währungsfonds (IWF) ins Spiel.

Schon die Entstehung des IWF zeigt, woher der Wind weht und welche Kräfte hier das Sagen haben. Beschlossen wurde seine Einrichtung auf einer internationalen Konferenz, zu der die USA, die praktischen Sieger des Zweiten Weltkrieges, im Juli 1944 nach Bretton Woods geladen hatten, um die Grundzüge einer Weltwirtschafts- und -Währungsordnung für die Nachkriegszeit festzulegen. Die USA, zur international größten Gläubigerin aufgestiegen, die über die Hälfte der globalen Industrieproduktion verfügten, hatten die Absicht, die Vergabe der überall benötigten Kredite „auf viele Schultern zu verteilen, sich aber gleichzeitig selbst die Kontrolle über alle internationalen Finanzströme zu sichern. Der IWF besteht aus 188 Mitgliedsstaaten,

deren Stimmrecht sich nach der Einlagenhöhe richtet. Selbstverständlich – wie könnte es anders sein – besitzen die USA im IWF das größte Stimmrecht und damit die faktische Mehrheit – und somit die Kontrolle über das mächtigste Kapitalkonglomerat der Erde.

Die Strategie des IWF im Umgang mit afrikanischen Staaten war so einfach wie genial. Der IWF beriet die Regierungen, wie sie ihre Wirtschaft stärken und damit ihre Probleme in den Griff bekommen können und ermutigte sie zu Investitionen. Diese Investitionen, beispielsweise den Bau eines Wasserkraftwerkes, Infrastruktur und industrieller Produktionsanlagen konnten jedoch nicht geleistet werden, da die Landeswährung außerhalb des Landes kein Zahlungsmittel ist und nur internationale Konzerne diese Projekte durchführen können. Die beratenen Länder konnten diese Investition somit nicht mit ihrem eigenen Geld, sprich den durch ihre jeweiligen Zentralbanken erzeugten Landeswährungen bezahlen. Also mussten die afrikanischen Länder ihre Währungen „konvertierbar“ machen, sprich es musste ein Wechselkurs zu internationalen Leitwährungen – wie natürlich dem Dollar – errechnet werden, wobei der IWF natürlich gern behilflich war. Ab dem Zeitpunkt, an dem eine kleine afrikanische Volkswirtschaft ihre Währung zu einer frei handelbaren Ware macht, stürzen sich jedoch die Spekulanten der Finanzmärkte, vorzugsweise Hedgefonds und Put-Spekulanten darauf, agieren auf den Finanzmärkten gegen diese Währung und zerstören damit ihren Wert. Derartige Zerstörungsspekulationen sind sehr simpel, verfügt man nur über ausreichend Kapital. Gegen die Finanzkraft der Wall Street mit ihren Abermilliarden an frei verfügbarem „Spielgeld“ ist die Landeswährung eines afrikanischen Kleinstaates völlig

machtlos.

Also geht die Landeswährung auf den Finanzmärkten vor die Hunde und ihr Wert muss gestützt werden, da ansonsten der Totalzusammenbruch der Wirtschaft des Landes droht. Dies ist nach Abschaffung des Goldreservesystems im internationalen Finanzsystem in der Regel nur durch Devisenreserven in Form von US-Dollar möglich. Wie bekommt man Devisen, wenn man keine funktionierende Wirtschaft und keine werthaltige eigene Währung besitzt? Nun, Afrika besitzt Unmengen wertvoller Bodenschätze wie Öl, Gold, Industriemetalle und Diamanten sowie fruchtbare Böden, die man aber nur zu Devisen machen kann, indem man ausländischen Konzernen die Schürfrechte verkauft – zum Verrechnungspreis. Bingo!

Doch halt – warum verkauft das Land seine Rohstoffe nicht selbst, direkt an den Rohstoffbörsen? Nun, weil es den Kredit nicht bekommt, um die Industrie zum Abbau der Rohstoffe herzustellen. Und warum verkauft das Land die Bodenschätze nicht als Lieferkontrakt an den Terminbörsen, z.B. für die Lieferung im Jahr 2030, nimmt den Erlös, baut die Goldmine und liefert dann das Gold? Weil zur Teilnahme an den Terminbörsen ein LC erforderlich ist, der wiederum von keiner Bank ausgestellt wird, solange keine Devisenreserven hinterlegt werden können. Hier beißt sich die neokoloniale Katze in den finanzsystematischen Schwanz: ohne LC kein Kredit, ohne Kredit keine Rohstoffvermarktung, ohne Rohstoff Erlöse kein LC. Das Finanzsystem, das ein Auge auf den potenziellen Reichtum eines armen Landes geworfen hat, lässt diesem nicht den Hauch einer Chance. Erst nimmt man ihm seine Ressourcen und dann verwickelt man es in eine Schuldenspirale, so einfach

geht das.

„STRUKTURANPASSUNGS-PROGRAMME“ = VERARMUNGS-PROGRAMME

Nun hat das Land sich also von seinen eigenen Bodenschätzen abgeschnitten, aber zumindest besitzt es jetzt die Dollarreserven, um seine Währung gegen Spekulanten abzusichern. Nun wäre im Idealfall die Voraussetzung für Investitionen geschaffen, denn mit einer werthaltigen Währung ist zumindest ein Kriterium für die Kreditbeschaffung von internationalen Banken oder dem IWF selbst erfüllt. Schon früh knüpfte der IWF jedoch die Gewährung von Krediten an Bedingungen, die weit über die Festlegung von Laufzeiten und Zinssätzen hinausgingen. So wurden ab 1958 die Regierungen von Schuldnerstaaten verpflichtet, sich in einer Absichtserklärung zu „angemessenen Bemühungen“ bereit zu erklären, ihre Zahlungsbilanzprobleme in den Griff zu bekommen. Der IWF ist heute oftmals Kreditgeber der letzten Instanz, wenn ein Land auf dem Kapitalmarkt keine Kredite mehr erhält. Die Macht des IWF wirkt aber auch auf den Kapitalmarkt zurück, denn dort werden Kredite in der Regel nur solchen Ländern gewährt, denen der IWF nach Maßgabe seiner Bedingungen für die Kreditvergabe sein „Gütesiegel“ verpasst hat. Diese Bedingungen wurden im Laufe der Jahre ständig gesteigert und verschärft und erwiesen sich als entscheidende Mechanismen, die betroffenen Länder unter eine immer größer werdende Fremdbestimmung zu bringen. Mit der besonderen Einstellung auf die Zielgruppe der Entwicklungsländer in den Jahren ab 1978 ergänzte der IWF seine Statuten durch die Positionen „technischer Beistand“ und „Überwachung“.

Mit dem „technischen Beistand“

räumte er sich in den Verträgen das Recht ein, beim Ausbau der Regierungskapazität und beim Aufbau der jeweiligen Zentralbank ein gewichtiges Wort mitzureden, faktisch also dafür zu sorgen, dass die entscheidenden Positionen in den Wirtschaftsministerien und Zentralbanken mit Leuten besetzt werden, die dem IWF nahestehen. Auf gut deutsch: passt dem IWF die personelle Zusammensetzung der Regierung nicht ins Konzept, wird der Geldhahn zugedreht. Hier findet der geneigte Leser auch die Antwort auf die Frage, warum die afrikanischen Staatschefs allesamt so korrupt sind: weil wir eben genau diese Typen als Komplizen benötigen und wir über IWF & Co. über die Mittel verfügen, um dafür zu sorgen, dass genau die „richtigen Leute an den richtigen Stellen“ sitzen.

Als Beispiel dieser Praxis betrachte man Nigeria. Obwohl Nigeria 2.4 Mio. barrels [1 barrel = 159 l] Rohöl täglich für den Export produziert, hat das Land Mühe, genug elektrische Energie zu produzieren, um seine Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Weniger als 6 Prozent der Kontenbesitzer (Kontenbesitzer, nicht Bevölkerung!) besitzen 88 Prozent aller Geldvermögen in Nigeria. Angestellte der US-Investmentbank Goldman Sachs sitzen in allen Regierungsämtern und obendrein der ehemalige Vizepräsident der Weltbank Ngozi Okonjo-Iweala, der von vielen als der „de facto“ Premierminister angesehen wird. Selbst nach Jahrzehnten von lukrativen Ölexporten ist es Nigeria nicht gelungen, seine eigenen Raffinerien zu unterhalten, wodurch man perverserweise gezwungen ist, Ölprodukte zu importieren. Herr Ngozi Okonjo-Iweala ist indes zu einem der reichsten Männer des Landes geworden.

Ab 1979 wurden sogenannte „Strukturanpassungsprogram-

me“ in die Vertragsbedingungen aufgenommen, die unter den Schlagwörtern „Liberalisierung, Deregulierung, Stabilisierung und Privatisierung“ die Reformen im Sinne der US-Finanzeliten vorantreiben und sichern sollen. Dazu zählen:

- ◆ Ausgleich des Staatshaushaltes durch Einsparungen und Ausgabenstreichungen. Die Gehälter der öffentlichen Bediensteten sowie ggf. Sozialleistungen werden eingefroren oder gesenkt, viele entlassen. Vor allem die sowieso unterfinanzierten Erziehungs- und Gesundheitssysteme sowie die Subventionen für Energie und Grundnahrungsmittel werden stark reduziert. Unterernährung und Tod durch Verhungern nehmen zu. Das Ziel ist, dass dadurch mehr Geld zur Bedienung der ausländischen Kredite zur Verfügung steht.

- ◆ Begrenzung des inländischen Kreditvolumens durch Zinserhöhungen, was viele von billigen Krediten abhängige Kleinbetriebe in den Bankrott und ihre Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit und Armut treibt. Der IWF verbietet faktisch die Ankerbelung der eigenen Industrie durch Kreditschöpfung der nationalen Banken, fördert aber die „Investitionen“ ausländischer Konzerne als „Entwicklungshilfe“ und gibt der Sklaverei damit ein neues Gesicht: die billigen Arbeitskräfte Afrikas werden dazu missbraucht, die natürlichen Ressourcen und Gewinne abzuschöpfen.

- ◆ Abbau von Import- und Devisenverkehrsbeschränkungen, der dazu führt, dass Kapital und billige Waren aus dem Ausland ungehindert ins Land fließen, was vor allem im Agrarsektor dramatische Folgen hat: Kleinbauern können zum Beispiel mit den von der EU subventionierten niedrigen Preisen für Agrarprodukte aus der EU auf dem Weltmarkt nicht konkurren-

kurrieren, verlieren ihre Lebensgrundlage und verarmen. Vor allem afrikanische Länder, die zuvor Nahrungsmittel exportiert hatten, müssen ihre fruchtbaren Böden verpachten und wurden zu Nahrungsmittelimporteuren und sind es bis heute geblieben – und das obwohl nach wie vor Nahrungsmittel im Land produziert und ausgeführt werden, nun jedoch von ausländischen Konzernen. Mit jedem Euro EU-Subvention für einen europäischen Landwirt stirbt praktisch ein afrikanischer Bauer.

- ◆ Beseitigung von Restriktionen für ausländische Investitionen, was viele heimische Betriebe in den Ruin treibt, da sie sich mit Unternehmen nicht messen können, die ihnen finanziell, technisch und logistisch haushoch überlegen sind.

- ◆ Privatisierung von Staatsbetrieben und Staatseigentum, wodurch elementare Versorgungsbereiche wie Strom, Wasser oder öffentliche Verkehrsbetriebe privaten Investoren und Spekulanten in die profitorientierten Hände fallen, die in der Regel die Preise, ungeachtet aller gesellschaftlichen Folgen, sofort drastisch in die Höhe schrauben.

Allen Einzelbedingungen des IWF sind die gravierenden Folgen gemein: Sie bringen Not und Elend über die Bevölkerung, dagegen hohe Profite den internationalen Investoren und den Regierungsbeamten die nur allzu gerne den Verlockungen des internationalen Großkapitals nachgeben. Fast alle afrikanischen Staatschefs sind Multimillionäre oder gar Milliardäre.

Sollte doch einmal ein ehrenwerter Mann dabei sein, der diesen unschwer zu durchschauenden Machenschaften eine Absage erteilt, so gibt es auch dafür Mittel und Wege, wie das Beispiel des

im Jahr 1960 ersten und letzten frei gewählten Präsidenten der früheren belgischen Kolonie Kongo, Patrice Émery Lumumba, zeigt. Er war fest entschlossen, den Einfluss westlicher Mächte aus dem Kongo zurück zu drängen und das Ausbluten seines Landes zu unterbinden. Es geht um Uran, Gold, Kobalt, Kupfer und Edelhölzer, ein Kapital, das Lumumba zum Aufbau seines Landes nutzen will. Doch die ehemaligen Kolonialherren halten alle Handelsmonopole im Kongo, Großbritannien und die USA sind mächtige Nutznießer dieser Politik. Sie sind nicht bereit, auf die Milliarden zu verzichten, die aus dem Kongo sprudeln. Lumumba erkennt die Gefahr doch es ist zu spät. Der CIA-Topspion Larry Devlin erhält den Auftrag, Lumumba zu beseitigen und den Kongo politisch zu destabilisieren. Mit nur 5.000 US-Dollar organisiert Devlin einen Putsch durch machtlüsterne Militärs im Kongo. Patrice Émery Lumumba wird nur sechs Monate nach seiner Wahl ermordet, seine Leiche zerhackt, mit Säure übergeben und verbrannt. Danach stürzt das Land ins politische Chaos, bis heute gilt der Kongo als gescheiterter Staat, jedoch sprudeln die Rohstoffe nach wie vor in die Kassen der ehemaligen Kolonialherren. Der Kongo ist das bekannteste Beispiel dafür, mit welchen Bandagen gekämpft wird, wenn die Gewinne neunstellig und noch größer werden.

Die Ausplünderung der so genannten Entwicklungsländer hat inzwischen ein Maß erreicht, bei dem das Verhältnis von Geldmittelzuflüssen, beispielsweise Investitionen oder Entwicklungshilfe in Afrika, zu den Geldmittelabflüssen an die Konzerne, Rohstoffhändler und korrupten Eliten 1:10 beträgt. Jeder aus Europa nach Afrika fließende Euro produziert so einen Kapitalabfluss aus ohnehin armen Ländern von

zehn Euro, ein Umstand, der einen Teil der sichtbaren Armut Afrikas und der Not der Menschen erklärt, aber auch die Antwort darauf liefert, warum nach Jahrzehnten Entwicklungshilfe nur wenig Verbesserung zu erkennen ist. Gegen die generalstabsmäßig organisierte Kapitalabschöpfung sind die Zahlungen aus der Entwicklungshilfe nur Peanuts.

Wenn die Länder des globalen Südens, die jahrzehntelang durch den Kolonialismus ausgeraubt wurden, sich so in einem neuen, unentrinnbaren Netz postkolonialer Abhängigkeit und Plünderung wiederfinden, durch das ihr Land ausblutet und immer mehr Menschen enturzelt werden und verarmen, ist es kein Wunder, dass sie Nährboden für Terrorismus und Krawalle bilden. Die Terroristen und Söldner von heute sind die Söhne der Bauern und Arbeiter von gestern, die ihres Landes und ihrer Zukunft enteignet wurden. Mit der Hand an der Pflugschar musste sich der Vater vertreiben lassen, mit der Hand an der Kalashnikov vertreibt den Sohn jedoch keiner mehr von dem Boden, auf dem er steht. Auf wirtschaftliche Gewalt folgt physische Gewalt – Ursache und Wirkung, ein universelles Gesetz. Die unersättliche Gier des weltweiten Finanzsystems hat in den ärmsten Ländern der Welt den Wind gesät, nun ernten wir den Sturm. Terror, Bürgerkrieg und Migration ist die logische Konsequenz in jedem Land, dessen Leidensfähigkeit erschöpft ist.

So läuft das immer und überall, und die Nöte der Abgehängten werden dabei immer größer. Nach den Befunden einer aktuellen Misereor-Studie (2024) müssen die Staaten des Globalen Südens im laufenden Jahr so viel Geld wie noch nie fürs Abstottern ihrer Verbindlichkeiten aufbringen. Der Schuldendienst beläuft sich

demnach auf schätzungsweise rund 500 Milliarden Dollar, womit täglich weit mehr als eine Milliarde Dollar aus den Armenhäusern der Erde in die Taschen ihrer Erpresser im reichen Norden wandern. Viele Länder stünden „buchstäblich mit dem Rücken zur Wand“, warnte Kristina Rehbein, politische Koordinatorin von Erlassjahr.de, bei einer digitalen Pressekonferenz. Und angesichts der aktuell hohen Zinsen könnten betroffene Regierungen ihren Verpflichtungen oft nur „durch tiefgreifende Einschnitte im Bereich sozialer Grunddienste“ nachkommen.

„SYSTEM KOLONIALER AUSBEUTUNG“

Zwar hat sich die Situation nach Corona in wenigen Fällen „etwas verbessert“ – die Zahl der als „sehr kritisch“ bewerteten Staaten ist von 135 auf 130 zurückgegangen. In der Gesamtsicht hat sich die Notlage aber eher zugespitzt. Mehr als die Hälfte der 152 untersuchten Staaten (55 Prozent) sind in die Rubrik „kritisch“ oder „sehr kritisch“ eingeordnet, vor der Pandemie waren es lediglich 37 Prozent. 2019 wiesen noch sieben Länder ein dramatisch hohes Verschuldungsniveau auf, nun sind es 24. In 45 Staaten fließen mehr als 15 Prozent der Staatseinnahmen in den Schuldendienst. Am fatalsten ist die Situation neben Sri Lanka im Libanon und in Bhutan. Sehr schlecht steht es auch um Ghana, den Sudan und Sambia. Überhaupt ist die Subsahararegion eine Hochburg der Schuldner mit allein elf Vertretern der Kategorie „sehr kritisch“, auch in Lateinamerika und der Karibik sowie in Südasien, Südostasien und dem Pazifik ist die Lage in weiten Teilen verheerend. Wie Klaus Schilder von Misereor in einer begleitenden Medienmitteilung erklärte, werde bei den laufenden Umschuldungsverhandlungen ein „gefährlicher Trend“ sichtbar, „Gläubigerinteressen dominieren,

echte Schuldenstreichungen gibt es daher kaum. Es sind die Menschen in den Schuldnerländern, die dafür bezahlen.“

Dem UN-Bericht „A World of Debt“ zufolge leben derzeit mehr als 3,3 Milliarden Menschen in Staaten, die mehr Mittel in den Schuldendienst stecken als in Bildung und Gesundheit. Für den Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres spiegelt sich darin ein „systemisches Versagen“ der Weltgemeinschaft. „Die Natur wird einem System neokolonialer Ausbeutung geopfert“, liest man im Vorwort des Schuldenreports. Die globale Schuldenkrise sei „eine der wesentlichen Ursachen für Hungersnöte und ein maßgeblicher Grund, warum die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) nicht erreicht werden“. In ihrer Not und zwecks Devisenbeschaffung setzten die Leidtragenden „massiv“ auf den Export heimischer Güter und Rohstoffe, was ebenso auf Kosten der Bevölkerung gehe. Zu den Konsequenzen zählten ein beschränkter Konsum und die Vernachlässigung von Nachhaltigkeitskriterien und Arbeitsrechten in der Produktion.

Nur umfassende Schuldenerlasse könnten einen Ausweg aus der Krise bieten, mahnte Schilder von Misereor und nahm die Bundesregierung in die Pflicht. Die müsse jetzt ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag erfüllen und sich beim „Summit of the Future“ der UNO im September 2024 und im Vorfeld der vierten internationalen Entwicklungsfinanzierungskonferenz (FFD4) im kommenden Jahr für einen „neuen Schuldenmanagementkonsens“ einsetzen, so Rehbein von Erlassjahr.de. Zentraler Maßstab müsse sein, „dass die Menschenrechte in den Schuldnerländern wieder in den Vordergrund rücken und nicht die Profitinteressen der Gläubiger“. Gelegenheit zum Umsteuern hätte

e schon oft gegeben, jedoch fehlt
der politische Wille dazu.

Der UN-Menschenrechtsrat hatte

2024 per Resolution festgestellt,
„dass die Schuldenlast die zahlrei-
chen Probleme der Entwicklungs-
länder verschärft, zu extremer

Armut beiträgt und ein Hindernis
für eine nachhaltige menschliche
Entwicklung ist und somit ein
ernsthaftes Hindernis für die Ver-

wirklichung aller Menschenrech-
te darstellt“. Vom Vertreter der
Deutschen Bundesregierung gab
es dafür: Keine Zustimmung.